

Niederschrift

über die 36. Sitzung (öffentlicher Teil)
der Bezirksvertretung Münster-Ost
am Donnerstag, **10.10.2013**, 17:07 Uhr - 18:50 Uhr,
Johannes-Busch-Haus, Merschkamp 23, 48155 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Balsliemke, Stefan Gottkehaskamp, Dirk Heidemeyer, Martina Klimek, Dr. Katrin Peitz, Elke von Göwels, Walter von Göwels, Thomas Werth, Jochen Zippelius,

von der SPD-Fraktion

Jörg Koltermann, Marion Mix, Renate Schmitz, Ludger Steinmann,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Jörn Möltgen, Meinolf Sellerberg (ab 17:32 Uhr, TOP 3.3),

von der FDP-Fraktion

Hans-Henning Jasper, Kurt Moths,

von der UWG-MS

Anton Hans-Elmar Niewöhner,

von der Verwaltung

Robert Gröschke, Christoph Kутtenkeuler, Gunter Riemers, Theodor Schulte,

für die Schriftführung

Karin Groh,

für die Stenogrammaufnahme

Monika Janczak,

Es fehlte

Renate Paschert (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- | | |
|---------------------------|---|
| | 1. Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. Entscheidungen |
| <u>V/0720/2013</u>
II | 2.1. Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 2014 im Stadtbezirk Ost, geplante Instandsetzungsmaßnahmen
- Baubeschlüsse - |
| <u>V/0654/2013</u>
V | 2.2. Sanierung von Spielplätzen im Stadtbezirk Münster-Ost
- Festlegung der Reihenfolge 2014 -
Grundlage für die Haushaltsberatungen 2014 |
| | 3. Anhörungen |
| <u>V/0462/2013</u>
I | 3.1. Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadt Münster |
| <u>V/0612/2013</u>
III | 3.2. Fortschreibung der Radverkehrswegweisung der Stadt Münster (Stufe 2) |
| <u>V/0715/2013</u>
III | 3.3. Handorfer Straße zwischen Warendorfer Straße und Hobbeltstraße.
Instandsetzung der Fahrbahn und Nebenanlagen, barrierefreier Umbau der Haltestellen "Handorf Gartenzentrum",
Erneuerung der Regenwasserkanalisation.
- Baubeschluss - |
| <u>V/0737/2013</u>
IV | 3.4. Baumaßnahmen von Münsteraner Sportvereinen
hier: förderungsunschädlicher vorzeitiger Baubeginn |
| <u>V/0610/2013</u>
V | 3.5. Rückbau von öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen
hierzu: Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2013, Antrag Nr. A-O/0014/2013 |
| <u>V/0655/2013</u>
V | 3.6. Reduzierung des Pflegestandards in ausgewählten öffentlichen Grünflächen gem. Handlungsprogramm 2012 - 2017, Maßnahme Nr. 240
hierzu: Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2013, Antrag Nr. A-O/0015/2013 |
| <u>V/0700/2013</u>
V | 3.7. Konzept zur Umsetzung von Maßnahmen im öffentlichen Grün und im Straßenbegleitgrün gemäß Handlungsprogramm 2012 - 2017 |

	4. Berichte
<u>mündlicher Bericht</u> Stadtbücherei	4.1. Präsentation des neuen Bücherbusses der Stadtbücherei
<u>V/0733/2013</u> V	4.2. Jahresbericht 2012 der Biologischen Station Rieselfelder Münster
	5. Anträge
<u>A-O/0012/2013</u> FDP-Fraktion	5.1. Pfandflaschen gehören nicht in den Müll
	6. Stellungnahme der Verwaltung zu Anfragen von Mitgliedern der Bezirksvertretung und Abgabe neuer Anfragen
	7. Stellungnahme der Verwaltung zu Anregungen der Bezirksvertretung/von Mitgliedern und Abgabe neuer Anregungen/Anträge
	8. Verschiedenes

Vor Beginn der Sitzung hatten die Mitglieder Gelegenheit, die neue Kita am Johannes-Busch-Haus sowie den Niedrigseilgarten zu besichtigen. Frau **Klimek** dankte der Leiterin der Kita, Frau Martine Doerry, für die Führung.

Ebenfalls vor der Sitzung wurde ihr bezogen auf die Beschlussvorlage V/0610/2013, Top 3.5, eine Unterschriftenliste zum Erhalt des Spielplatzes am Wacholderweg überreicht.

Frau **Klimek** eröffnete die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Münster-Ost um 17:07 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte die Mitglieder der Bezirksvertretung, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie anwesende Bürger.

Sie gratulierte Herrn Moths, Frau Klimek und Frau Janczak nachträglich zum Geburtstag.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Frau **Klimek** gab Folgendes bekannt:

- Am 13.09.2013 eröffnete sie gemeinsam mit dem Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Südost, Herrn Dr. Michael Klenner, den neuen Geh- und Radweg an der Schmittingheide / Heumannsweg.
- Am 26.09.2013 sprach sie anlässlich der Grundsteinlegung zur neuen Kita „Am Juffernbach“ ein Grußwort.
- Als Trägervertreterin nahm sie am 23.09.2013 an der halbjährlichen Elternversammlung in der Kita-Eichenaue teil.

- Auf dem Handorfer Herbst versteigerte sie die original-signierten Boxhandschuhe von Vladimir Klitschko und erzielte zu Gunsten des Hospiz „lebensHaus“ 575,00 €.
- Am 09.10.2013 nahm sie am Festakt anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Handorfer Hofes teil. Auf Wunsch des Vorsitzenden des Kuratoriums, Herrn Siegfried Grenda, sprach sie ein Grußwort zu diesem Anlass.
- Ebenfalls am 09.10.2013 nahm sie am Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in der Lützow-Kaserne teil. Diesjähriger Festredner war der Historiker und Zeitzeuge Prof. Dr. Bernd Faulenbach.

Frau **Groh** gab Folgendes bekannt:

- Mit einer Anregung gem. § 24 GO wandte sich der TSV Handorf an die Stadt und schlug die Verlagerung der Sportstätten auf die östliche Seite der Hobbeltstraße vor. Das Schreiben ging allen Mitgliedern zu.
- Am Sonntag, 13.10.2013, werde das Musikfest im Stadtbezirk Ost „musicO`2013“ auf Initiative der Bezirksvertretung in der Auferstehungskirche in Mauritz-Ost stattfinden. Sie dankte dem Presbyterium sowie dem Pfarrer der Kirchengemeinde Herrn Witt für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und die ehrenamtliche Unterstützung am Festivaltag, ebenfalls der Richard-von-Weizsäcker-Schule für die Einspielräume, aber auch der Westfälischen Schule für Musik und dem Kulturamt für die Unterstützung in der Planung und Durchführung sowie den Sponsoren LVM Rottstock Büro Handorf, pebüso Betonwerke, Stadtwerke Münster und Warsteiner Brauerei (Isenbeck Malz) für ihre großzügigen Spenden.
- Ab November werde Herr Friedel Stracke die Schriftführung für die Bezirksvertretung übernehmen und als neuer Mitarbeiter in der Bezirksverwaltung auch für bezirkliche Angelegenheiten zuständig sein.

Punkt 2 der Tagesordnung	Entscheidungen
Punkt 2.1 der Tagesordnung V/0720/2013	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 2014 im Stadtbezirk Ost, geplante Instandsetzungsmaßnahmen - Baubeschlüsse -

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig die Annahme des Beschlussvorschlages:

- „1) Der Durchführung der in der Anlage 1 aufgeführten Instandsetzungsmaßnahmen städtischer Gebäude im Bezirk Münster-Ost (bezirksbezogene Schulen und sonstige Gebäude) für das HH-Jahr 2014 wird zugestimmt.
- 2) Die in der Anlage 2 aufgeführten Maßnahmen (Schulen und sonstige Gebäude mit überbezirklicher Bedeutung) werden zur Kenntnis genommen.
- 3) Sofern aus Sicht der Verwaltung oder aus der Sicht der Bezirksvertretung aufgrund neuer Dringlichkeitserfordernisse bzw. aus finanziellen Gründen von der Auflistung (Anlage 1) abgewichen werden soll, ist eine neue Beschlussfassung im Rahmen der Haushaltsberatungen oder im Laufe des Jahres vorzunehmen.

- 4) Die in der Anlage 3 aufgeführten Instandsetzungsmaßnahmen, die voraussichtlich erst ab 2015 ff. bemittelt werden können, werden zur Kenntnis genommen.
- 5) Die in der Anlage 4 aufgeführten, von der Verwaltung identifizierten Standorte / Gebäude mit hohem Instandhaltungsrückstau werden zur Kenntnis genommen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die zur Durchführung der oben zu 1) genannte Sachentscheidung erforderlichen Ansätze für Aufwand / Auszahlungen stehen vorbehaltlich des Ratsbeschlusses über den Haushaltsplan 2014 wie folgt zur Verfügung:

Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	HH-Jahr	Betrag Euro	Bemerkungen
Produktgruppe	0801	Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten			
Investitionsmaßnahme	0500	Erneuerung Sporthallenböden	2014	60.000	Sammelposition
Insgesamt:				60.000	

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	HH-Jahr	Betrag Euro	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Amt für Immobilienmanagement			
Teilergebnisplan	13	Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2014	39.879.620	Sammelposition
Insgesamt:				39.879.620	

Befristung

Keine“

**Punkt 2.2 der Tagesordnung
V/0654/2013**

**Sanierung von Spielplätzen im Stadtbezirk
Münster-Ost
- Festlegung der Reihenfolge 2014 -
Grundlage für die Haushaltsberatungen 2014**

Frau **von Göwels** legte folgende Anfrage der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung vor:

Anfrage Nr. AFO/0009/2013
CDU-Fraktion
Frau von Göwels

**Überarbeitung des Konzeptes Spielplatz
„Hegerskamp“**

„Bezug nehmend auf die Protokolle vom 17.11.2011 bzw. 27.09.2012 stellt die CDU-Fraktion fest, dass eine Vorlage bezüglich einer Überarbeitung des Konzeptes Spielplatz „Hegerskamp“ noch nicht erstellt worden ist. Daher wird die Verwaltung gebeten, diese kurzfristig – möglichst bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ost im November 2013 – zu erstellen und vorzulegen.“

Klettermöglichkeiten und/oder auch generationsübergreifende Spielgeräte sollen hierbei geprüft werden.

Bei der Überarbeitung des Konzeptes ist zur Finanzierung auch der Beitrag der „neuen Bewohner“ des Quartiers heranzuziehen.“

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten.

Herr **Gottkehaskamp** beantragte, die Vorlage bis zur Etat-Sitzung am 14.11.2013 zu vertagen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Anhörungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0462/2013

Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadt Münster

Frau **Groh** teilte mit, dass die Bezirksvertretung Münster-Mitte die Vorlage ohne Beschlussfassung geschoben habe.

Die Bezirksvertretung beschloss mit 16 Für-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS) bei 2 Enthaltungen (FDP), dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

- „1. Der Rat nimmt zur Kenntnis,
 - 1.1 dass die Verwaltung entsprechend der übergeordneten Kriterien Bürgerorientierung, Wirtschaftlichkeit und Flexibilität das strategische Ziel verfolgt, ihre bisherigen Standorte zu konzentrieren, zu optimieren und den Flächenbedarf auch durch Nutzung technischer und organisatorischer Instrumente weiter zu reduzieren;
 - 1.2 dass die Erreichung dieses Ziels im Rahmen der mittelfristigen Büroflächenplanung laufend überprüft und fortgeschrieben wird;
 - 1.3 dass die in der Begründung zu Ziffer 2 und 3 aufgeführten Feststellungen zur quantitativen Entwicklung der Büroflächen und der Büroarbeitsplätze sowie die darauf basierende Prognose des mittelfristigen Büroflächenbedarfs für die weitere Planung der Unterbringung der städtischen Dienststellen zu Grunde gelegt werden;
 - 1.4 dass in den vergangenen zehn Jahren die Netto-Grundfläche (Nutz-, Funktions- und Verkehrsfläche) je Büroarbeitsplatz bereits von mehr als 40 qm auf derzeit 33 qm (um 17,5 %) gesenkt werden konnte.
2. Die erfolgreiche Konzentration der städtischen Verwaltungsstandorte und der hier erbrachten Dienstleistungen ist eng verbunden mit dem Konzept der Stadthäuser. Hier erfolgt eine zielgruppenspezifische, bürgerorientierte und arbeitsorganisatorisch sinnvolle Zusammenfassung von Verwaltungsangeboten an zentralen Standorten. Dieser Ansatz soll weiter verfolgt werden:
 - 2.1 Die Stadthäuser 1 und 2 (im Verbund mit Hafenstraße 8) sowie das Stadthaus 3 werden als leistungsfähige und kundengerechte Verwaltungsstandorte weiter geführt.

- 2.2 Die Verwaltung legt für die weitere Planung zu Grunde, dass die beiden Bauteile E und F des Stadthauses 1 im städtischen Eigentum verbleiben und vorwiegend ab dem ersten Obergeschoss für städtische Zwecke genutzt werden (vgl. Vorlage V/0463/2013). Dabei ist weitere Planungsgrundlage, dass im Stadthaus 1 wie bislang die klassischen Bürgerdienstleistungen zusammen gefasst und perspektivisch auch weiter ausgebaut werden, dass das Stadthaus 2 gemeinsam mit dem Gebäude Hafenstraße 8 als „Soziales Rathaus“ und das Stadthaus 3 als „Technisches Rathaus“ – mit den entsprechenden Unterbringungsschwerpunkten der städtischen Ämter und Einrichtungen – weiter geführt werden.
- 2.3 Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung im Rahmen der mittelfristigen Büroflächenplanung die Konzentration von städtischen Dienstleistungen an einem weiteren zentralen Bürostandort prüft und dem Rat zur Entscheidung vorlegt. Hierfür wird eine abschließende immobilienwirtschaftliche Bewertung der neben den Stadthäusern 1, 2 und 3 noch vorhandenen Verwaltungsgebäude vorgenommen, die auch eine Beschlussempfehlung hinsichtlich einer möglichen künftigen Verwertung dieser Gebäude umfassen wird.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Ausbau der bürgerorientierten Angebote im Stadthaus 1 („Bürgerservicezentrum“) im Zuge der Innensanierung in geeigneter Art und Weise zu unterstützen: Entweder durch Überbauung des Stadthausinnenhofes oder durch Optimierung im Gebäudebestand (vgl. Vorlage V/0463/2013).
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass durch die vorübergehende Nutzung geeigneter Konversionsimmobilien (Büroflächen) das vorgelegte Konzept der Konzentration und Kostenoptimierung der städtischen Bürostandorte unterstützt werden kann. Insbesondere kann auf diese Weise ggf. eine Pufferfunktion für die Unterbringung städtischer Ämter während der Innensanierung des Stadthauses 1 erreicht werden.
5. Der Rat stimmt den Handlungsempfehlungen zu den einzelnen Verwaltungsstandorten, insbesondere hinsichtlich der beabsichtigten Aufgabe der derzeitigen Standorte Am Steintor 50 (Bezirksverwaltung Südost) sowie Rudolf-Diesel-Straße 5 bis 7 (Kfz-Zulassungsstelle) unter der Maßgabe zu, dass für die dort erbrachten Dienstleistungen sachgerechte Standortalternativen gefunden und den zuständigen Gremien zur Umsetzung vorgeschlagen werden.
6. Die Verwaltung wird den Rat über den weiteren Verlauf der mittelfristigen Büroflächenplanung im Rahmen von Berichtsvorlagen regelmäßig informieren; hinsichtlich des weiteren Vorgehens wird auf Ziffer 6. der Begründung verwiesen.
7. Der Rat nimmt zur Kenntnis,
- 7.1 dass der Antrag der SPD-Fraktion A-R/0016/2013 „Ein saniertes Stadthaus 1 – mehr Service für Münsters Bürgerinnen und Bürger“ vom 09.04.2013 (siehe Anlage 1) in den Punkten I.2, I.3 und II.3 sowie
- 7.2 der Antrag der Fraktion Bündnis90/DieGrünen/GAL A-R/0017/2013 „Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen im Stadthaus 1 – mehr Service auch für ausländische Einwohner und Einwohnerinnen“ vom 22.04.2013 (siehe Anlage 2)
- mit dieser Vorlage beantwortet werden und
- 7.3 der Antrag der CDU-Fraktion A-R/0002/2010 vom 11.01.2010 „Kundenfreundlich, komfortabel, kompetent – Münsters Stadtverwaltung 2011“ im Rahmen der Entwicklung eines Feinkonzeptes für das Bürgerservicezentrum berücksichtigt wird.“

**Punkt 3.2 der Tagesordnung
V/0612/2013**

**Fortschreibung der Radverkehrswegweisung der
Stadt Münster (Stufe 2)**

Herr **Balsliemke** beantragte, die Vorlage wie folgt zu ergänzen:

„Bei der Montage der Richtungswegweiser sind künftig, ggf. durch Nachrüstung, verdrehungs-
verhindernde Befestigungssysteme einzusetzen.“

Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, dem Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft die Annahme des Beschlussvorschlages in folgender geänderten Fassung zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Der ASSVW stimmt der Planung der 2. Stufe der Radverkehrswegweisung in Münster zu und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung vorzubereiten.

Bei der Montage der Richtungswegweiser sind künftig, ggf. durch Nachrüstung, verdrehungs-
verhindernde Befestigungssysteme einzusetzen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Umsetzung der 2. Stufe der Radverkehrswegweisung in Münster Kosten von ca. 170.000 Euro anfallen.

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrs- flächen und -anlagen			
Investitionsmaßnah- me	0007	Verkehrsflächen, Neubau und Erneuerung			
Auszahlungen			2014	170.000	
Einnahmen			2014	136.000	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				34.000	

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahmen unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2014 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung stehen.

Des Weiteren wird zur Kenntnis genommen, dass jährlich ca. 2.500 Euro Kosten für die Pflege und Wartung der Wegweisung sowie 9.000 Euro für die Abschreibung anfallen.“

**Punkt 3.3 der Tagesordnung
V/0715/2013**

**Handorfer Straße zwischen Warendorfer Straße und Hobbeltstraße.
Instandsetzung der Fahrbahn und Nebenanlagen, barrierefreier Umbau der Haltestellen "Handorf Gartenzentrum",
Erneuerung der Regenwasserkanalisation.
- Baubeschluss -**

Herr **Schulte** und Herr **Gröschke** vom Tiefbauamt stellten die Planungen zur Sanierung der Handorfer Straße vor und beantworteten Nachfragen.

Herr **Balsliemke** regte an, die Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend zu informieren.

Herr **Möltgen** beantragte die Vorlage zu vertagen mit der Bitte, die für die Dauer der Sanierungsarbeiten vorgesehene Verkehrsführung neu zu planen und das Ergebnis in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, die Vorlage bis zur Sitzung am 14.11.2013 zu vertagen.

**Punkt 3.4 der Tagesordnung
V/0737/2013**

**Baumaßnahmen von Münsteraner Sportvereinen
hier: förderungsunschädlicher vorzeitiger Baubeginn**

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, dem Sportausschuss die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster genehmigt den folgenden Sportvereinen nach der Sportförderrichtlinie für die geplanten Baumaßnahmen auf den Vereinssportanlagen wie folgt den beantragten „förderungsunschädlichen vorzeitigen Baubeginn“:

Verein	BV	Maßnahme	Antrag vom	ca. Auf- Auf- wand	Zuschuss bis zu
Reitclub St. Mauritz Münster e. V.	Ost	Sanierung des Reithallenbodens	12.08.2013	12.000 €	6.000 €
1. FC Gievenbeck 1949 e. V.	West	Reparatur eines Trennvorhangs in der Peter-Demling-Sporthalle	18.09.2013	2.000 €	1.000 €
Summe				14.000 €	7.000 €

2. Die Stadt Münster genehmigt den „förderungsunschädlichen vorzeitigen Baubeginn“ nach Beschlusspunkt 1. unter den folgenden Vorbehalten:
 - 2.1 Die Genehmigung der Stadt Münster nach der Sportförderrichtlinie lässt ihre parlamentarische Beratung und Beschlussfassung über die von den Sportvereinen beantragten Baukostenzuschüsse vollständig unbeeinflusst.
 - 2.2 Die Sportvereine bemühen sich eigenverantwortlich und sachbezogen darum, die an anderer Stelle möglichen Förderungen für die Baumaßnahmen zu erhalten.

- 2.3 Die Sportvereine halten bei der sachgemäßen Durchführung der Baumaßnahmen die einschlägigen Standards und Vorschriften ein und stimmen sich über Abweichungen davon so rechtzeitig mit der Stadt Münster ab, dass ein fachbezogener Austausch problemlos möglich ist.
3. Die Stadt Münster verbindet mit ihrer Genehmigung zum „förderungsunschädlichen vorzeitigen Baubeginn“ den Sportvereinen gegenüber keinerlei Hinweis darauf, wie sie mögliche Förderanträge bewertet.
4. Wann und mit welchem Ergebnis die Stadt Münster über die von den Sportvereinen beantragte Sportförderung entscheiden wird, ist unabhängig von der Entscheidung zum „förderungsunschädlichen vorzeitigen Baubeginn“.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch den Beschluss nach den Beschlussvorschlägen Ziffer 1. und Ziffer 2. zum „förderungsunschädlichen vorzeitigen Baubeginn“ weder unmittelbare noch mittelbare Kosten entstehen werden.“

**Punkt 3.5 der Tagesordnung
V/0610/2013**

Rückbau von öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen

Es lag eine Stellungnahme des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz zu den in der Sitzung der Bezirksvertretung Münster-Ost am 12.09.2013 gestellten Fragen vor.

Herr **Gottkehaskamp** brachte folgenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion (Nr. A-O/0014/2013) ein und begründete ihn:

„Der Schließung des Spielplatzes Wacholderweg im Bereich Ost, welche in der o. a. Vorlage vorgesehen ist, wird nicht zugestimmt.

Sollte der Rat der Stadt Münster diesem Antrag nicht zustimmen, wird die Verwaltung verpflichtet, umgehend mit der BV-Ost in Kontakt zu treten um Alternativlösungen zu erarbeiten. Über diese kann dann in einer der folgenden BV-Sitzungen entschieden werden.“

Herr **Koltermann** regte an, den Spielplatz Wacholderweg aus eigenen Mitteln der Bezirksvertretung zu unterhalten.

Nach ausgiebiger Debatte wurde auf Antrag von Herrn **Möltgen** die Sitzung von 18:04 Uhr bis 18:10 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung legte Herr **Möltgen** folgenden gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor:

- „1. streichen
2. streichen

1. neu Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wird aus familienpolitischen Gründen ein weiterer Rückbau und Schließung von Spiel- und Bolzplätzen ausgeschlossen.“

Dieser Antrag wurde mit 6 Für-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 12 Gegenstimmen (CDU, FDP, UWG-MS) abgelehnt.

Sodann ließ Frau **Klimek** über den Antrag Nr. A-O/0014/2013 der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Antrag wurde mit 12 Für-Stimmen (CDU, FDP, UWG-MS) und 6 Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) angenommen.

Die Bezirksvertretung beschloss sodann mit 12 Für-Stimmen (CDU, FDP, UWG-MS), 2 Gegenstimmen (SPD) und 4 Enthaltungen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL), dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages in folgender geänderten Fassung zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der beschlossene Konsolidierungsbetrag für die Maßnahme 242 des Handlungsprogramms 2012 bis 2017 nicht alleine durch die Reduzierung der Unterhaltung der Spiel- und Bolzplätze erbracht werden kann und eine weitere Schließung / ein weiterer Rückbau von Spiel- und Bolzplätzen notwendig ist.
2. Den in der Anlage 1 - 6 der Vorlage dargestellten Vorschlägen für die Schließung / den Rückbau der öffentlichen Spiel- und Bolzplätze wird mit folgender Änderung zugestimmt:

Der Schließung des Spielplatzes Wacholderweg im Bereich Ost, welche in der Vorlage vorgesehen ist, wird nicht zugestimmt.
Sollte der Rat der Stadt Münster diesem Antrag nicht zustimmen, wird die Verwaltung verpflichtet, umgehend mit der BV-Ost in Kontakt zu treten um Alternativlösungen zu erarbeiten. Über diese kann dann in einer der folgenden BV-Sitzungen entschieden werden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2014 und die Finanzplanung 2015 ff. ergeben sich nicht, da die Konsolidierung der Aufwendungen durch den Rückbau von Spiel- und Bolzplätze mit Ansatzreduzierungen in Höhe von 35.840 € in 2015 und 40.000 € ab dem Jahr 2016 (Vorschlag Nr. 242 aus V/0702/2012/1) bereits mit dem Ratsbeschluss vom 12.12.2012 im Haushaltsplan berücksichtigt wurde.“

Punkt 3.6 der Tagesordnung V/0655/2013

Reduzierung des Pflegestandards in ausgewählten öffentlichen Grünflächen gem. Handlungspro- gramm 2012 - 2017, Maßnahme Nr. 240

Herr **Balsliemke** brachte folgenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion (Nr. A-O/0015/2013) ein und begründete ihn:.

„Der Reduzierung des Pflegestandards im Bereich Ost „Boniburg“, welche in der o. a. Vorlage vorgesehen ist, wird nicht zugestimmt.

Sollte der Rat der Stadt Münster diesem Antrag nicht zustimmen, wird die Verwaltung verpflichtet, umgehend mit der BV-Ost in Kontakt zu treten um Alternativlösungen zu erarbeiten. Über diese kann in einer der folgenden BV-Sitzungen entschieden werden.“

Herr **Kuttenkeuler** vom Amt für Grünflächen und Umweltschutz berichtete zur Vorlage und beantwortete Nachfragen. Er verwies darauf, dass nicht der Rat, sondern der Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen Entscheidungsgremium sei.

Der Änderungsantrag Nr. A-O/0015/2013 wurde mit 12 Für-Stimmen (CDU, FDP) und 6 Gegen-

stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) beschlossen.

Sodann beschloss die Bezirksvertretung mit 12 Für-Stimmen (CDU, FDP, UWG-MS), 4 Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 2 Enthaltungen (SPD), dem Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen die Annahme des Beschlussvorschlages in folgender geänderter Fassung zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Bei den in den Anlagen 1 bis 6 bezeichneten öffentlichen Grünflächen werden auf einer Gesamtfläche von ca. 31,6 ha die Pflegestandards reduziert.

Der Reduzierung des Pflegestandards im Bereich Ost „Boniburg“, welche in der Vorlage vorgesehen ist, wird nicht zugestimmt.

Sollte der Rat (resp. Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen) der Stadt Münster diesem Antrag nicht zustimmen, wird die Verwaltung verpflichtet, umgehend mit der BV-Ost in Kontakt zu treten um Alternativlösungen zu erarbeiten. Über diese kann dann in einer der folgenden BV-Sitzungen entschieden werden.

2. Die Reduzierung der Pflegestandards erfolgt gestuft für die Jahre 2014 bis 2017 gemäß der in Anlage 7 dargestellten Aufstellung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach zwei Jahren einen Erfahrungsbericht vorzulegen, so dass bei Bedarf die vorgeschlagene Reduzierung der Pflegestandards in Art und Umfang angepasst werden kann.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2014 und die Finanzplanung 2015 ff. ergeben sich nicht, da die Kürzung der Aufwendungen für die Grünflächenpflege mit Ansatzreduzierungen in Höhe von 20.400 € in 2014, 40.800 € in 2015, 61.200 € in 2016 und 81.600 € ab dem Jahr 2017 bereits mit Ratsbeschluss vom 12.12.2012 im Haushaltsplan berücksichtigt wurden.“

Punkt 3.7 der Tagesordnung V/0700/2013

Konzept zur Umsetzung von Maßnahmen im öffentlichen Grün und im Straßenbegleitgrün gemäß Handlungsprogramm 2012 - 2017

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, dem Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die Pflegestandards in öffentlichen Grünflächen und beim Straßenbegleitgrün werden, wie in den Punkten 2 und 3 der Begründung dargestellt, reduziert.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2014 und die Finanzplanung 2015 ff. ergeben sich nicht, da

- die Konsolidierung der Aufwendungen für die Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen im öffentlichen Grün in Höhe 47.780 € ab 2014 wie auch
- die Reduzierung des Pflegestandards im Straßenbegleitgrün in Höhe von 15.000 € in 2014, 30.000 € in 2015, 45.000 € in 2016 und 60.000 € ab 2017

bereits mit Ratsbeschluss vom 12.12.2012 im Haushaltsplan berücksichtigt wurden.“

Punkt 4 der Tagesordnung	Berichte
---------------------------------	-----------------

Punkt 4.1 der Tagesordnung	Präsentation des neuen Bücherbusses der Stadtbücherei
-----------------------------------	--

Herr **Riemers** von der Stadtbücherei stellte das Konzept des neuen Bücherbusses vor. Der Bücherbus konnte im Anschluss an die Sitzung besichtigt werden.

Punkt 4.2 der Tagesordnung V/0733/2013	Jahresbericht 2012 der Biologischen Station Rieselfelder Münster
---	---

Die Bezirksvertretung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung	Anträge
---------------------------------	----------------

Punkt 5.1 der Tagesordnung A-O/0012/2013	Pfandflaschen gehören nicht in den Müll
---	--

Herr **Moths** teilte mit, dass er den Antrag aufrecht erhält, obwohl die Stellungnahme der Verwaltung vorläge und die gesonderte Sammlung von Pfandflaschen nicht befürwortet wurde. Er werde bis zur nächsten Sitzung einen Prüfauftrag erarbeiten und vorschlagen, die getrennte Sammlung von Pfandflaschen als Pilotprojekt im Stadtbezirk Münster-Ost durchzuführen.

Herr **Moths** beantragte, den Antrag zu vertagen. Hierzu bestand Einvernehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung	Stellungnahme der Verwaltung zu Anfragen von Mitgliedern der Bezirksvertretung und Abgabe neuer Anfragen
---------------------------------	---

Es lagen keine Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen von Mitgliedern der Bezirksvertretung vor.

Folgende neue Anfragen wurden eingebracht:

Anfrage Nr. AFO/0010/2013
CDU-Fraktion
Herr von Gökels

**Nutzung des Gebäudes der ehemaligen
Bundesbahnschule an der Schmittingheide**

„Das Gebäude der Bundesbahn an der Schmittingheide wird seit Schließung der Schule als Bürogebäude genutzt. In den letzten Monaten sind im südlichen Teil des Gebäudes (Turm) intensive Baumaßnahmen zu beobachten gewesen. Mit Abschluss der Baumaßnahmen vor ca. 2 Wochen sind schätzungsweise 60 Menschen zu Wohnzwecken in diesen Gebäudeteil eingezogen.“

Die CDU-Fraktion bittet um schriftliche Erläuterung der folgenden Punkte:

1. Welche Nutzungsart ist für das gesamte Gebäude und insbesondere den Turm erlaubt?

2. Wer ist Nutzer des Turms und wie viel Menschen sind eingezogen?
3. Wie viel Stellplätze sind für die jetzige Nutzungsart nachzuweisen und sind diese tatsächlich vorhanden?“

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten.

Anfrage Nr. AFO/0011/2013
CDU-Fraktion
Herr Zippelius

Wersebrücke, Sudmühlenstraße, Handorf

„Nach Reklamation des baulichen Zustandes des „Brückenkopfes“ durch zunehmende Bordsteinerosion hat das Tiefbauamt starke Schädigungen bestätigt und Sanierungsmaßnahmen als direkte Konsequenz als nicht möglich und sinnvoll bezeichnet.

Es sind bislang 11 Bordsteinabbrüche ortsteileinwärts und 3 massive Abbrüche ortsteilauswärts festzustellen.

Stattdessen wird eine umfassende Erneuerung von Kappen, Abdichtungen und Geländer als absolut notwendig erachtet.

Die Realisierung könnte jedoch wahrscheinlich erst 2015 umgesetzt werden. Die Schlussfolgerung des Amtes lautet, dass die Verkehrssicherheit „zu diesem Zeitpunkt nicht gefährdet sei“.

Die Baufälligkeit nimmt indes weiterhin zu, so dass sich die Frage der Gewährleistung der Verkehrssicherheit nicht langfristig verdrängen lassen wird.

Die Ursachenbegründung „Chlorideinwirkung“ und dadurch verursachte Korrosion berücksichtigt nicht die durch den erheblich zugenommenen Schwerlastverkehr der am Hessenweg angesiedelten Logistikunternehmen und deren Streckenführung über und durch Handorf erzeugte Verkehrswegebelastrung.

Das Überfahren des Brückenkopfes erzeugt, insbesondere an den Brückenkopfanschlüssen erhebliche Erschütterungen und Vibrationen, die zur Schadbildentwicklung maßgeblich beitragen haben.

Frage I: Bei dem ohnehin eng ausgelegten Streckenabschnitt handelt es sich um einen ausgewiesenen Fuß-, Rad- und Schulweg!
 Ab welchem Schadensgrad wird von einer Gefährdung der Verkehrssicherheit ausgegangen?

Frage II: Welche Tonnagebelastung ist für die Wersebrücke statisch und baulich grundsätzlich zugelassen? Ist das Brückenwerk durch das jetzt schon erreichte Verkehrsaufkommen bereits überlastet?
 Wann ist die letzte bauliche Bestands- und Sicherheitsüberprüfung erfolgt? Sollte ein aktueller Prüfbericht gravierende Veränderungen bestätigen, ist zeitnaher Handlungsbedarf angezeigt und die eventuell mögliche Realisierungszeitschiene 2015 abzulehnen.

Frage III: Die zeitliche Verdrängung der anerkannt notwendigen Sanierungsmaßnahme wird zwangsläufig eine Schadensausweitung zur Folge haben.
 Konsequenz: Je größer der Schaden, desto höher werden die Sanierungs- oder Erneuerungsmaßnahmen ausfallen.
 Es scheint fraglich, ob in diesem Fall das Gebot der Wirtschaftlichkeit hinreichend bedacht wird?“

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten.

Punkt 7 der Tagesordnung**Stellungnahme der Verwaltung zu Anregungen der Bezirksvertretung/von Mitgliedern und Abgabe neuer Anregungen/Anträge**

Es lagen keine Stellungnahmen der Verwaltung zu Anregungen und Anträgen vor.
Neue Anregungen und Anträge wurden nicht eingebracht.

Punkt 8 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herr **von Göwels** erinnerte an die schriftliche Beantwortung der Fragen, die in der Sitzung am 12.09.2013 bezüglich der Beratung der Vorlage zum Peter-Rosegger-Weg, Heinrich-Lersch-Weg, Bretanoweg, Ludwig-Anzengruber-Weg und Franz-Grillparzer-Weg gestellt wurden.

Herr **Steinmann** fragte, wann die Radwegverbreiterung an der Dorbaumstraße im Bereich Wersedaibe umgesetzt werde.

gez.

Klimek
Bezirksbürgermeisterin

gez.

Groh
Schriftführung